

KÁROLYIS REGIERUNG UND DIE SLOWAKEI (DIE AUSGLIEDERUNG DER SLOWAKEI AUS UNGARN)

Die Probleme der Eingliederung der Slowakei wurden recht problematisch dargestellt. Meist wurde enthusiastisch über den 28. und 30. Oktober berichtet und die innenpolitische Entwicklung des entstehenden Staates wurde staatsrechtlich problemlos illustriert. Vom internationalen politischen Gesichtspunkt her existierte hier jedoch eine sehr problematische, fast zweijährige historische Zeitspanne – die Zeit des Waffenstillstands zwischen Ungarn und die Entente, die die Möglichkeit und den Prozeß der Ausgliederung der Slowakei als ein selbstständiges Ganzes aus dem historischen Ungarn komplizierte, ja deren Eingliederung in die ČSR in Frage stellte. Der bekannte englische Historiker und einer der ausländischen Mitgründer der ČSR Seton Watson schrieb im Jahre 1919 nach seinem Besuch der Slowakei, daß die Entente im Belgrader Waffenstillstand große politische Fehler begangen habe. Es ging um nichts mehr und nichts weniger als um das Schicksal der ganzen Slowakei. Auch in der Slowakei war es klar, daß sich die Slowaken nicht selbst von Ungarn trennen können und auch deshalb gab es so viel des Taktisierens in der slowakischen Politik. T.G. Masaryk und E. Beneš führten dann in ihren Memoiren an, daß der Befehlshaber der östlichen Armee der Entente Franchet d'Esperey an Károlyi in Belgrad große Zugeständnisse machte und die vorher vorbereiteten Vereinbarungen nicht eingehalten hatte¹. Im Punkt der Militärischen Konvention mit Ungarn wurde die Slowakei bis zur Verwaltung der ungarischen Administration belassen. Der Premierminister Kramár äußerte am 24.11. in einem Telegramm nach Paris seine vollkommene Empörung: „Die Entente hat nicht den Mut mitzuteilen, daß ganz Böhmen und Mähren, sowie die Slowakei uns gehören ... sondern die Entente läßt zu, daß Franchet d'Esperey einen solchen Waffenstillstand abschließt, in dem er auch die Slowakei nicht ausnimmt!“². So müssen wir aufs neue, auf der Plattform der Bestimmungen des Waffenstillstands unter diesen Bedingungen die Genese der Schaffung und der Beibehaltung der Politik der neuen Konstitutionierung der Slowakei, sowie die Probleme ihrer Abgrenzung bewerten. Schon L. Tajták³ führte an, auch das Károlyis Regierung eine Änderung in der Haltung der Entente zur Frage der Slowakei erhoffte und ihre Hoffnungen in die Friedenskonferenz und in die potentielle Entscheidung über die Volksbefragung legte.

In der zeitgenössischen Realität des Waffenstillstandes gab es für die Slowakei große Probleme in der Frage der international-rechtlichen Eingliederung der Slowakei zum Ende des Ersten Weltkrieges und vor allem in den folgenden Monaten. Den dualen Charakter der Lösung der Fragen der Staatlichkeit und der Grenzen der Slowakei zu Böhmen verstärkte dann auch die Bewegung der amerikanischen Slowaken für Autonomie und die Staatlichkeit der Slowakei und seit Dezember 1918 noch auch Hlinkas Volkspartei. Denn erst nach der großen Aktivität von Beneš in Paris seit dem 20. Bis zum 27. November 1918 und nach den Protesten der Regierungen der Nachfolgestaaten gegen den 17. Paragraphen des Belgrader Waffenstillstands kam am 3. Dezember 1918 aus Paris die 1. Note über die Souveränität der ČSR in der Slowakei und schließlich – nach Hoensch⁴ – rätselhafterweise erst am 23. Dezember 1918 die 2. Note über die I. Demarkation, die sog. Foch's Demarkationslinie zwischen der Slowakei und Ungarn „nach den historischen Grenzen des slowakischen Landes“. Gerade aus

¹ Károlyi, M.: *Vjera bez iluzija. Memoari crvenog grofa*. Zagreb 1982, S. 151f.

² Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik (AMZV ČR), Fond Pařížský archiv, Band 29, No 3313, Praha P 24. 11. 1918.

³ Tajták, L.: *Mad'arské snahy o riešenie slovenskej otázky 1918-1919 (Die ungarischen Bemühungen um die Lösung der slowakischen Frage 1918-1919)*. In: *Historica* 1970, S. 213f.

⁴ Hoensch, J. K.: *Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei*. Tübingen 1967, S. 4f. Piotrowska – Orlof, E.: *Zerwanie Slowakov z Węgrami w r. 1918*. In: *Studia Historyczne XXIV*. Krakow 1981, S. 65. Die polnische Autorin, die Hodžas Vorgehen in einem bedeutenden Maß objektiv bewertet und rechtfertigt, führt an, daß auf die Aufhaltung der I. Demarkation in Paris am meisten Hodža persönlich als Politiker draufzahlte. Čáda, V.: *28. říjen 1918. Skutečnosti, sny a iluze (Der 28. Oktober 1918. Tatsachen, Träume und Illusionen)*, S. 287, jedoch stellt Benešs Angabe in Frage, er hätte die I. Demarkation Foch in den Aktivitäten der Woche vom 20. – 27. 11. vorgeschlagen, und nimmt an, es sei erst nach dem 6. 12., nach der überraschenden Veröffentlichung der sog. Bartha-Hodžaschen Linie gewesen. Meine Theorie behandle ich im weiteren Teil. Vergleiche Beneš, E.: *Světová válka a naše revoluce (Der Weltkrieg und unsere Revolution)*. II. Bd., Praha 1927, S. 485 f., die Verspätung kann er natürlich auch nicht erklären.

diesen Unklarheiten und in der objektiven Realität der Gültigkeit der Bestimmungen des Belgrader Waffenstillstandes und dessen Interpretation in der Mission der Entente in Budapest zur Frage der Eingliederung der Slowakei ergaben sich auch die Aktivitäten und die Verhandlungen des Slowakischen Nationalrats und des Botschafters der ČSR in Budapest M. Hodža (seit Dezember nur noch Beauftragter für die Liquidation) vom 27. November 1918. Dabei waren die Verhandlungen in Budapest nur die Spitze des Eisbergs. Bereits bei seiner Sitzung am 4. November billigte der Slowakische Nationalrat eine vierköpfige Kommission⁵ (nach dem Austausch der bekannten Telegramme zwischen Károlyi und dem Slowakischen Nationalrat) zu Verhandlungen mit der Regierung in Budapest. Wir müssen uns aber dessen bewußt sein, daß die Kommunikation des Slowakischen Nationalrats mit Prag durch die ungarische Post praktisch vereitelt wurde (es wurden Kuriere gesandt). Deshalb war vor allem eine lokale Kooperation in den Fragen der Approvisionnement u. ä. unvermeidlich. In den Protokollen des Slowakischen Nationalrats befindet sich ein Punkt, wo von der Regierung Autos für den Kontakt mit den lokalen Slowakischen Nationalräten angefordert, natürlich nicht von Prag, sondern von der Regierung in Budapest. Die Nationalräte hatten nämlich ihre Legitimität in der habsburgischen Monarchie aufgrund des Manifestes des Kaisers Karl vom 16. Oktober 1918. In allen Kontakten mit den ungarischen Repräsentanten wurde Gewicht darauf gelegt eine Devastierung der Slowakei und Blutvergießen zu verhindern. Die Ziele waren human und vom Gesichtspunkt der slowakischen Politik verantwortlich, natürlich, nicht so von Beneš Prager und Pariser Sicht. Nachdem, als die Verhandlungen in Budapest auch nach der Desavouierung von Hodža durch die Prager Regierung am 1. Dezember fortgesetzt wurden, geschah dies auch mit der Zustimmung des Beauftragten der Entente in Budapest, des Oberstleutnants Vix, da mit der ersten Note keinerlei Demarkation eintraf.

Ein verantwortlicher slowakischer Historiker muß die Tatsache bestätigen, daß die slowakische Politik jener Zeit kein bloßes Abbild der tschechischen Politik sein konnte, noch sollte. Warum? Die tschechische Politik hatte sicher ein eminentes Interesse an der Slowakei, vor allem auch deswegen, damit sie durch die Geltendmachung der Konzeption einer künstlichen, neun Millionen zählenden tschecho-slowakischen Nation gegenüber den dreieinhalb Millionen zählenden Sudetendeutschen einen Schein der Bildung eines Nationalstaates der „Tschechoslowaken“ schaffen konnte. Gerade in den unklaren Verhältnissen des Anfangs der Zeit des Waffenstillstands wurde das tschechische Interesse für die Slowakei vor allem von der inneren (sudetenländischen) und der auswärtigen (Deutschland und Österreich) deutschen Frage determiniert. Zu ihren Prioritäten gehörte eine historische Grenze von Böhmen und Mähren zu erreichen. Aber zum Ende des Krieges hatte die tschechische Führung keinerlei faktischen Garantien von der Entente, nicht für die Slowakei (es wird leiglich Pichons privater Brief vom 30. Juni 1918⁶ angeführt), aber auch nicht für die historischen Grenzen Böhmens, d. h. des sudetendeutschen Gebietes. Deshalb waren schon bei den bekannten Genfer Verhandlungen von Kramár⁷ mit der Emigration und nachher bis zu den Entscheidungen im Jahre 1919 in Paris, wie dies auch meine neuen Nachforschungen beweisen, in der internationalen Diplomatie folgende Kalkulationen im Spiel: Prag kann die Länder der Sudetendeutschen aufgrund des historischen Rechts und die Slowakei aufgrund des natürlichen Rechts der Selbstbestimmung nicht bekommen. Daher wird in den geheimen diplomatischen Dokumenten angeführt, daß die tschechischen Politiker im Falle der Notwendigkeit der Rettung der historischen Grenze Böhmens, d. h. der Gewinnung von Deutsch-Böhmen, bereit waren die Verbindung mit der Slowakei zu verlassen. Zu dieser These bringen wir auch eine weitere neue Primärquelle aus dem Regierungsarchiv in Budapest⁸.

⁵ Literárny Archív Matice slovenskej (LAMS), Slovenská národná rada 1918 (Der Slowakische Nationalrat 1918) A-1294, 94, S. 16, Zápisky slovenskej národnej rady (SNR) (Die Protokolle des Slowakischen Nationalrats) 1918. Krajčovič, M.: *Hranice (Die Grenzen)*. S. 41.

⁶ Ádam, M.: *Richtung Selbstvernichtung. Die kleine Entente 1920-1938*, Wien, S. 11f., vergleiche Beneš, E.: *op. cit.*; S. 479.

⁷ Krajčovič, M.: *Slovensko v zahraničnopolitických súvislostiach (Die Slowakei in außenpolitischen Zusammenhängen)*, *op. cit.* S. 152; Butvin, J.: *Domáci národnoslobodzovací boj Slovákov za prvej svetovej vojny (Der heimische nationale Befreiungskampf der Slowaken im Ersten Weltkrieg)*. In: *HC*, 32, 1984, S. 899, führt die Information von I. Déer nach Martin an, daß eine der Aufgaben der Delegation nach Genf war festzustellen, wie der Anschluß der Slowakei durch die Entente garantiert war.

⁸ Országos levéltár Budapest (OL), K 26-1918 XL tétel 5189, Bern 23. 10. 1918 streng geheim. Vergleiche auch die Gesamtargumentation der Arbeit *Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion*. München 1993.

Bei der Gelegenheit der Antwort auf Präsident Wilsons Angebot auf einen Waffenstillstand gibt der gesandte in Bern Freiherr de Vaux dem Grafen Czernin ein Kommentar und wichtige Erkenntnisse vom Informanten aus den Kreisen der Entente: die ausdrückliche Erwähnung der Tschechoslowaken und Jugoslawen beweist, daß Wilson nicht im Sinne hatte mit der Monarchie über grundlegende Fragen zu verhandeln. Die Situation ist also für die Monarchie pessimistischer als je zuvor.

Sehr schwerwiegend und merkwürdig vom Gesichtspunkt der Lösung der slowakischen Frage sind weitere Angaben des Entente-Informanten: „Bereits seit längerer Zeit dauern die Kontakte zwischen den USA und Ungarn an. Aufgrund dessen wird ein Arrangement zwischen Ungarn und Böhmen erwartet. Die amerikanische Regierung verhandelt über ein Projekt, aufgrund dessen es zu einem Arrangement zwischen Ungarn und Böhmen kommen wird. Dieser Kompromiß wird sich nicht mehr an die rein ethnographische, eher aber an die ethnographisch-geographische Basis anlehnen. Auch zwischen den Polen und Washington verlaufen ähnliche Verhandlungen. Ein ähnlicher Kompromiß wird auch zwischen den Ungarn und den Tschechen vorgeschlagen. Böhmen behält für sich die deutschen Teile (Reichenberg, Teplitz, Karlsbad, Eger usw.) und dafür bleibt die Slowakei bei Ungarn. Diesen Informationen zufolge hat man sich in Ungarn auch schon mit der Gründung eines Südslawischen Staats abgefunden.“ Im Zusammenhang damit müssen wir die Tatsache erwähnen, daß der Belgrader Waffenstillstand – so die Interpretation vom November – die Slowakei unter der administrativen Verwaltung von Budapest beläßt. Im Bündnis mit der deutschen Presse hat dabei die ungarische Propaganda als Endlösung die Frage der Volksabstimmung vehement durchgesetzt. Wir wissen, wie diese, begleitet von der ungarischen Administration und der massiven antitschechischen Propaganda bei der unbewußten slowakischen Massen auf dem Lande ausgefallen wäre. Der Verlust der Umgebung von Sopron⁹ bei ähnlichen Volksabstimmung für Burgenland für Österreich ist dafür ein prägnanter Beweis.

Schließlich hätten die kontinuierlichen Traditionen der tschechischen hungarofilen Politik während des Dualismus im 19. Jahrhundert¹⁰ und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Kľofács Aktion eine Ausreichende Mahnung für jener Teil der slowakischen Politiker sein sollen, die im November 1918 ohne eine Beauftragung des Slowakischen Nationalrats eigenwillig nach Prag gingen, um hier ein zweites Machtzentrum für die Slowakei zu bilden. Die Geschichte der ČSR zeigte, wie wacklig die Position der auf Gnade und Ungnade Prags ausgelieferten slowakischen Politiker gewesen ist. Auch diese Komponente, sowie die Befürchtungen der slowakischen Industriellen vor den vernichtenden Konkurrenz der entwickelteren tschechischer Industrie bewirkten, daß bis zur Zeit der Mai-Deklarationen im Jahre 1918 im Vorsitz des Slowakischen Nationalrats die großösterreichische Orientierung der Wiener Gruppe mit M. Hodža und K. Stodola an der Spitze als die realste betrachtet wurde. Nicht deshalb, daß sie gegen eine tschechoslowakische Option der Lösung der slowakischen Frage in der Emigration gewesen wären, über die sie zu Hause Bescheid wußten und der sie insgeheim auch teilweise glaubten (Vertrag von Cleveland 1915, Pittsburger Vertrag von Mai 1918), sie hielten jedoch die tschechische Option für eine Utopie¹¹, wie dies M. Hodža vor dem Weltkrieg klar zum Ausdruck brachte. Den heimischen Repräsentanten fiel es jedoch sehr schwer sich dem tausendjährigen ungarischen Komplex der slowakischen Geschichte zu entziehen, besonders wenn die heimischen machtpolitischen Realitäten dies anfangs fast kaum andeuteten.

Es muß also klar gesagt werden, daß mit Ausnahme der jüngeren Darsteller in der slowakischen Repräsentation eine deutliche Zurückhaltung gegenüber den tschechischen Kombinationen, und vor allem gegen die wirklichen Ziele ihrer Politik, existierte.

⁹ Krajčovič, M.: *Die Slowakei und die Entstehung des Burgenlandes*. In: *Die Entstehung des Bundeslandes Burgenland*, Eisenstadt 1994.

¹⁰ Krajčovič, M.: *Medzinárodné podmienky slovenského národného hnutia 19. storočia (Die internationalen Umstände der slowakischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts)*. In: *HČ*, 41, 1993, 3-4, S. 558.

¹¹ *Regional Contact* 1991/2-1992/1-2, Copenhagen 1993, 214, Resümé des Referats von M. Krajčovič. Ebenfalls blieb in Kramáfs Archiv eine ähnliche typische Äußerung aus der tschechischen Öffentlichkeit erhalten, (ein Brief von J. Láská vom 4. 12. 1918), die auch die Begründung dieser These beweist. Der Autor, ein Kenner der öffentlichen Meinung in Ungarn betont, daß in Ungarn zur Zeit die „chch utópia“ (die tschechische Utopie) – und so war dort die allgemeine Meinung – zur Wirklichkeit wird. Archiv Národního Musea Praha (ANM) (Archiv des Nationalmuseums). Nachlaß von K. Kramář (pz), Schachtel 23. Z.B. Magyar Figyelő, S. 1918, Nr. 5, Mai, F. Fodor über die tschchischen territorialen Ansprüche (13 Komitate), benützt laufend Ausdrücke wie utopischer tschechischer Staat, utopischer nationaler Staat u.ä.

Deshalb haben sich im Laufe des 1. Weltkrieges abhängig von der Entwicklung der militärischen und internationalen Situation auch andere Konzeptionen der Befreiung der Slowakei¹², und nicht nur die protschechische Option, formuliert und durchgesetzt. Österreichische Diplomaten haben im Jahre 1915 aus Amerika mit Überraschung über die Propaganda der Vereinigung der Slowakei mit Polen vor allem polnischerseits berichtet. Es ist bekannt, daß dies auch die außenpolitische Orientierung eines teils der Führung von Hlinkas Volkspartei war, aber noch im Sommer 1919 führte auch die Martiner Repräsentation an der Spitze mit J. Mudroň geheime Verhandlung mit Pilsudski in Warschau. Wir haben bereits Dokumente von der prorussischen Orientierung publiziert, die vor allem bis zur Februarrevolution ihr internationales Gewicht hatte. Es entstanden einige programmatische Memoranden (Slowakij Wopross, Juni 1916). Die slowakische Repräsentation in Rußland übergab der Regierung ein Memorandum von Professor J. Kvačala für die Schaffung einer selbstständigen Slowakei unter der Schirmherrschaft der Romanov-Dynastie, usw. Schließlich war in der öffentlichen Meinung nicht unbedeutend auch die promagyarische hungaristische Orientierung der Lösung der slowakischen Frage, vor allem in der demokratischen Form der sog. Ostschweiz (J. Mudroň). Diese Konzeption gelang in den Vordergrund vor allem auf der Grundlage der Bestimmungen des Belgrader Waffenstillstands, als eine antitschechisch-slowakische Konzeption der slowakisch-ungarischen Föderation (ein Projekt der bekannten demokratischen Vereinigung Galilei kor). Aber in das Dokument von L. Bazovský über die slowakisch-ungarische Föderation trug Minister Jászi¹³ mit rotem Stift zum Begriff der gleichberechtigten Föderation ein großes Fragezeichen ein. Daraus ist zu schließen, daß auch die demokratischen Ungarn eine solche Föderation eigentlich nie akzeptieren hätten. Ähnlich war dem zur Zeit des Waffenstillstandes auch mit den offiziellen Vorschlägen einer Autonomie für die Slowakei in Budapest, wie dies selbst der Hungarofil F. Jehlička während der kurzen Zeit seiner propolnischen Emigration zugab: die ungarische Regierung hat es eigentlich nie ernst gemeint mit der Erteilung der Autonomie den Slowaken. Es war lediglich ein taktisches Manöver zur Erreichung eines günstigeren Friedensvertrags. An die Adresse der anderen Seite vom Gesichtspunkt des Kampfes um die Slowakei zwischen Böhmen und Ungarn: es ist zu sagen, daß dasselbe Tat auch Prag nach der Entstehung der ČSR mit der im Cleavelander und im Pittsburger Vertrag vertraglich zugesagten Autonomie für die Slowakei. Obwohl noch zum Ende des Krieges auch bei Beratungen von Dula oder Hodža in Wien¹⁴ und in Prag die tschechischen Partner die Erfüllung einer solchen Autonomie versprochen. Auch deshalb hat der radikale Teil der amerikanischen slowakischen Repräsentation (Dianiška) zur Zeit der Kämpfe um die Anwendung des Pittsburger Vertrags die These durchgesetzt, die Slowaken hätten während des Widerstandes einen Fehler gemacht, als sie Garantien bei den Tschechen suchten. Es wäre notwendig gewesen diese bei der Friedenskonferenz in Paris zu fordern. Hlinkas Mission nach Paris im August 1919 war gerade ein Versuch in dieser Richtung. Dieser Konzeption fehlte jedoch der historische Aspekt. Bei der Absenz der Mittelklasse und der Intelligenz war die slowakische Nation zu jener Zeit nicht fähig einen selbstständigen Staat zu bilden.

Jetzt, da wir den Hintergrund der Entwicklung der slowakischen Frage und des nationalen Emanzipationskonzepts, sowie die Stellung der Slowakei zur Zeit der sog. Demokratischen Revolution in Budapest skizziert haben, wenden wir uns aufgrund der neuen Forschung den grundlegenden Charakteristiken der Beziehung von Károlyis Regierung zur Slowakei zu. Zweifelsohne war dies in der Geschichte der Ungarn die demokratischste Regierung. Aber so, wie der Umsturz in Budapest selbst, wurde auch der Charakter der neuen Regierung in internationalen Kreisen ziemlich relativiert und ihre Politik den Nationalitäten gegenüber wurde für doppelgesichtig gehalten. Diese Behauptung ist wichtig auch für die Erkenntnis der wirklichen Absichten mit der Slowakei. Beachten wir die Ansicht des speziellen Gesandten der großdeutschen Kreise zur Zeit des Umsturzes in Budapest. Er

¹² Krajčovič, M.: *Genéza a vyvrcholenie národnoslobodzovacích koncepcií v revolúcii 1918 (Die Genese und die Gipfelung der nationalen Befreiungskonzeptionen in der Revolution von 1918)*. In: *Vznik samostatného československého a jugoslávského státu v roce 1918*. Praha 1990, S. 68f. Krajčovič, M.: *Slovensko v zahraničnopolitických súvislostiach (Die Slowakei in den außenpolitischen Zusammenhängen)*, op.cit.

¹³ OL, K 40-1918-VII. tétel, 2. cs., No 689, Losonc 6. 12. 1918.

¹⁴ Über Dulas geheime Reise und seinen Verhandlungen in Wien und Prag war die Regierung in Budapest genau informiert, wahrscheinlich von seinem Informanten in der Führung in Martin, mutmaßlich von Ján Mudroň, den ein Kapitän der Grenzwahe in Martin, anfangs des Weltkrieges zur Mitarbeit gewann. Vergleiche OL K26, ME, 1918-XII. tétel. No 786.

gibt die folgende Charakteristik¹⁵: „In den deutsch-österreichischen Kreisen wird endlich das Gesicht der Budapester Juden und Ungarn demaskiert ... Schamlos gingen sie ins Lager des Feindes über. Sie begangen Verrat auf der Front ... Auch die sogenannte Revolution in Budapest war nach jedermanns Geschmack. Trotz einiger Toter ging es lediglich um eine kleinliche Erregung in den lieben Formen eines wohlhabenden Lebensstils.“ Zu dieser Ansicht bietet den Spiegel auch die offizielle Nachricht des deutschen Botschafters in Wien vom 23. November 1918, also kurz vor dem Ende des Krieges: „Jetzt geht eine Welt unter und eine neue Welt beginnt. Die bisherige ungarische Politik in Deutschland muß revidiert werden. Für die Ungarn ist das Bündnis mit uns nur ein zweckdienliches Interesse, bei der ersten Gelegenheit haben sie uns verraten und Deutschland ist ihnen im Grunde unsympathisch. Der Zerfall Ungarns ist wahrscheinlich. Das kleine Ungarn ist an uns angewiesen. Die Entziehung von Ungarn durch die Slowakei ist für uns sicher ungünstig. Die Slowaken wollen zum tschechischen Staat und mit der Unterstützung der Entente und Wilsons wird ihr Wunsch in Erfüllung gehen. Wir müssen hinzu eine neutrale Haltung einnehmen.“

Graf M. Károlyi hat sich in dieser revolutionären Krisenzeit sicherlich als Persönlichkeit eigenartig entwickelt, aber aufgrund mehrerer Indizien ist vorzusetzen, daß er die Konzeption der Anerkennung der slowakischen Nation und ihrer Gleichberechtigung bis zur letzten Konsequenz nie hätte realisieren können. Er hatte auch weder die ausreichende Unterstützung in der ungarischen Öffentlichkeit, noch standen hinter ihm bei der immer stärker werdenden chauvinistischen Strom in Ungarn in dieser Richtung keinerlei starke entsprechende politische Gruppierungen. Über seine wirklichen Ansichten auf die Lösung der slowakischen Frage zeugen auch folgende Tatsachen. Wir wissen, daß auch die bekannten Memoranden der Slowakischen Liga in Amerika aus den Jahren 1914-1915 auf der Grundlage der Polemik der amerikanisch-slowakischen Repräsentation mit Károlyi während seiner Reise durch Amerika entstanden. Damals hat er auf die Fragen slowakischer Journalisten, als auch bei einer persönlichen Audienz nicht nur den Gedanken der Autonomie der Slowakei abgelehnt, sondern nicht einmal die Existenz der slowakischen Nation anerkannt. Er stand auf der Plattform der politischen ungarischen – d.h. der magyarischen Staatsnation¹⁶. Dann waren auch seine weiteren Schritte zur nationalen Frage lediglich durch die Geschehnisse erzwungen. Er schritt hinter der Geschichte einher: Im September und Oktober verhandelte er mit den Nationalitäten, er bot Hodža einen Ministerposten an, verhandelte mit Dula während einer Geheimsitzung in Budapest¹⁷. Der Slowakei wollte er eine Autonomie geben, wer weiß ob ehrlich gemeint, aber erst dann, als die Slowaken von Ungarn weg wollten. Ähnlich hat auch ein liberaleres Mitglied seiner Regierung, der Minister für Nationalitäten Oszkár Jászi, ein Freund mehrerer jüngerer slowakischen Darsteller¹⁸, der in Huzadik század deren Beiträge veröffentlichte und vor dem Krieg er mit ihnen auch die bekannte Befragung veranstaltete, erklärte während des Krieges anlässlich eines pazifistischen Kongresses in der Schweiz, er sei gegen die Anwendung der kollektiven Rechte von Nichtmagyaren in Ungarn. Daher war Károlyis Charakteristik im bekannten Pariser Tagesblatt *Journal des Débats*, so wie sie die Weltagenturen am 17. Oktober 1918 brachten, berechtigt. Unter dem Einfluß von Károlyis Auftreten im Parlament für einen sofortigen Frieden schrieb es: „Wenn auch Karolyi Sympathien zur Entente hegt, ist er genauso ein Chauvinist wie Tisza. Er akzeptiert lediglich solche Reformen, die die Erhaltung Ungarns sichern. Die einzige rationale Lösung der ungarischen Frage ist die Abschaffung der Oligarchie, in der Reduktion von Ungarn auf Magyaren – und so weit ist Károlyi noch nicht!“ Schließlich benützte ich noch eine Tiefanalyse der ungarischen Politik und der Charakteristik von Károlyis Regierung aus dem letzten Monat ihrer Existenz von seinem persönlichen Freund, dem

¹⁵ Bundesarchiv Koblenz, Abteilung Potsdam (BA AA), 61 Ve 1 Alldutsche Verband (AV), Band 705, Bericht Dr. Hopfen aus Reise nach Österreich 1.-6.11.1918.

¹⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA AA), R 9132.

¹⁷ Čulen, K.: *Dejiny Slovákov v Amerike II (Die Geschichte der Slowaken II)*, Bratislava 1942, S. 187f., Kapitel XXXI *Gróf Michal Károlyi a Slováci (Graf Michael Károlyi und die Slowaken)*, auf S. 189 zitiert er folgende Károlyis Erklärung beim Empfang der Delegation der Slowakischen politischen Vereinigung: „Die Partei der Unabhängigkeit anerkennt mehrere Nationen in Ungarn nicht und wird niemals jemandem etwas geben, was deren Autonomie ermöglichen könnte, ob in der Frage der Kultur oder der Politik“; weiter noch auf S. 190: Der Herr Graf verheimlichte gar nicht, ja mit Betonung der Wörter sagte er, er anerkenne die Slowaken auf keinen Fall und in nichts als eine Nation ...“

¹⁸ Butvin, J.: *op. cit.*, S. 864f, 897. Karpatenpost 1993, Nr. 1 u.a.

Botschafter Deutschlands in Budapest, dem Grafen Fürstenberg vom 24. Februar 1919¹⁹: „Die ungarische Politik war hauptsächlich nach dem Ausgleich /1867/ eine extrem rassistische Politik (die volle Magyarisierung eines polyglotten Staats). Diesem Ziel diente die rücksichtslose Magyarisierung, die zur brutalen Unterdrückung der einheimischen Nationalitäten führte. Bei der außerordentlichen ethnischen Stellung der magyarischen Rasse fand diese gewalttätige Politik bei den europäischen Nationen eine gewisse Entschuldigung.“

Auch die im Prinzip großzügige Politik Jászis, der auch das Vertrauen der Nationalitäten genoß, konnte vom Anfang an keinerlei Erfolge ausweisen, und fand keine Zustimmung, da sie zuerst ungarischerseits als zu weitgehend attackiert wurde, aber auch nicht von der Seite der Nationalitäten, die bereits unter dem Eindruck des totalen Zerfalls von Ungarn und auch unter dem Druck der Nachbarstaaten standen. Aber Jászis Politik hat auch ihre inneren Schwächen. Er ist viel zu sehr Theoretiker, die praktische Anwendung stößt überall auf Hindernisse. Jászis Theorien verbuchten ihren ersten Erfolg bei der Erteilung der Autonomie an die Ruthenen, und nachher folgte die Autonomie für die Deutschen. Für das Endschiedsal Ungarns wird von Bedeutung sein auch wie sein Nationalitätengesetz ausfällt, weil es unbedingt auch bei der Friedenskonferenz einen Eindruck machen wird. Károlyis Regierung bereitet eine Autonomie auch für die Rumänen und die Slowaken vor, obwohl dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht von praktischer Bedeutung sein wird. Auch wenn diese Maßnahmen gewiß ungen angenehm angenommen wurden, können sie bei einem eventuellen Plebiszit positive Wirkung haben ... Die Agitation der irredentistischen Liga verstärkt sich ... Die Paradoxe der Regierung liegen auch darin, daß das Ministerium einerseits den Nationalitäten gegenüber eine liberale Haltung einnimmt und versöhnlich handelt, andererseits aber große Beiträge für eine nutzlose und radikale Propaganda für die Integrität von Ungarn ausgibt. Diese Methoden entsprechen aber der allgemeinen Lage, die Károlyis Regierung in der Nationalitätenfrage macht, d.h. einerseits versöhnlich und andererseits chauvinistisch, Haß hervorrufend. Die soziale Demokratie hat sich völlig in die Bewegung der Integrität – für den Plan der Ostschweiz – eingegliedert ... Die Tschechen jedoch verstärken ihre Stellung in der Slowakei.“

Auch vom Angedeuteten ist es klar, daß die strategisch-politischen Beziehungen von Károlyis Regierung zur Slowakei nicht geradlinig, sondern kompliziert verliefen und ihr hauptsächlichiger Gegenspieler im Kampf um die Slowakei nicht Martin, sondern Prag war²⁰. Die ungarische Regierung hat deshalb im Interesse der Vision der Integrität Ungarns im Kampf mit Prag durch die Deklaration der Formel der Autonomie, obwohl in Gebundenheit an Budapest, auf der Unterstützung der internationalrechtlichen Geltendmachung und der Selbstbestimmung der Slowakei gebaut. Die Konzeption von Beneš und der Prager Regierung haben sich nach dem anfänglichen Tappen in eine Formel der Verbindung des Slowakei mit der sog. historischen Ländern – der zwei Äste der Tschechoslowakischen Nation – kristallisiert. Durch die Verwirklichung eines wenn auch schwachen *fait accompli* noch vor der Friedenskonferenz, ging es also um die Okkupation der Slowakei. Schließlich, ähnliche „Vereinigungen“ verwirklichten auch die Serben und die Rumänen. Und das auch trotzdem, daß T.G. Masaryk bei der Friedenskonferenz gegen ein Volksbefragung in der Slowakei bei Wilson auch mit dem Pittsburger Vertrag argumentierte. Vom Gesichtspunkt der slowakischen national-identifizierenden Konzeption war die tschechische Okkupation der Slowakei sicher nicht in der Linie der Plattform der Autonomie der Slowakei. Deshalb hat sich in der Slowakei – einerseits wegen der militärischen Operationen, andererseits weil dies den Interessen Prags nicht entsprach, auch der Prozeß der Komplexen internationalrechtlichen Formen der Anwendung der Selbstbestimmung, nicht verwirklicht, wie dies die übrigen nichtmagyarischen Nationen taten – durch die Wahl von Delegierten aus einzelnen Gemeinden für die Nationalversammlung, die dann das Losreißen von Ungarn erklärten. Über hundert der Deklaranten aus Martin hatten diese öffentlichrechtlichen Vollmachten nicht²¹. In der gegebenen politischen Lage und zur Zeit des Waffenstillstandes war die Lösung durch eine Okkupation der sicherste Weg der Loslösung der Slowakei von Ungarn. Eine andere Sache ist, daß sie nicht gut durchgeführt wurde. Logisch brachte es

¹⁹ Siehe Szarka, L.: *Jászi Oszkár szlovák kapcsolatai 1918 végéig*. In: *Századok* 1985, 5-6, S. 1168f.

²⁰ PA AA Bonn, R 9134.

²¹ Vergleiche den ungarischen Standpunkt: Boros, F.: *Magyar-chehszlovák kapcsolatok 1918-1921-ben*. Budapest 1978, S. 47f.

jedoch mit sich die Abschaffung des Systems der autonomen Verwaltung des Slowakischen Nationalrats in der Slowakei²². Die sog. Šrobárs Regierung für die Slowakei – eine Expositur des Prager Zentralismus – erklärte dies den Vertretern des Slowakischen Nationalrats schon bei den ersten Verhandlungen in Žilina in der Mitte des Dezembers²³. Nach der Unterzeichnung der militärischen Konvention in Belgrad am 13. November 1918 begann Károlyis Regierung die zweite, sog. aggressive Phase des Kampfes um die Slowakei zu verwirklichen. Bereits am 14. November entschloß sie sich aufgrund des 17. Paragraphs des Waffenstillstands abermals die Slowakei militärisch zu besetzen. Sie besetzte auch Martin, verhaftete den Vorsitzenden des Slowakischen Nationalrats M. Dula und insultierte weitere Mitglieder. Die direkte Aussage des leitenden deutschen Diplomaten aus Budapest vom 21. November 1918 gibt an: „Die tschechischen Sozialisten verhinderten der Prager Regierung die Mobilmachung. Daher hofft die ungarische Regierung mit kleineren Kräften, die in die slowakischen Komitate einfielen, deren Kräfte von dort zu verdrängen. In ungarischen Regierungskreisen wird jedoch schon mit dem endgültigen Verlust der slowakischen Gebiete gerechnet.“²⁴. Vor allem der letzte Satz ist eine bemerkenswerte Aussage vom Vertrauten des Premierministers, die eine Neuigkeit in der Erkenntnis der wirklichen hintergründigen Beziehung der Regierung zur Slowakei ist.

Am 28. November 1918 kehrt der deutsche Diplomat aus Budapest wieder zur Wichtigkeit der Frage des Kampfes um die Slowakei zwischen Budapest und Prag zurück: „Der Standpunkt der ungarischen Regierung den Tschechen gegenüber ist eine möglichst vertrauenswürdige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Slowaken, aber dies verhindert die Schaffung des *fait accompli* durch die Tschechen noch von der endgültigen Entscheidung der Friedenskonferenz.“

Auf dieser Grundlage verlaufen zur Zeit in Budapest mit den Führern der Slowaken, Milan Hodža, Verhandlungen, die angeblich einen guten Erfolg versprechen. Hodža ist Mitglied des Slowakischen Nationalrats und Vorkämpfer der Lösung der slowakischen Frage im nationalen Sinn mit Hilfe der Tschechen, tritt aber für eine vollständige Autonomie der Slowaken im künftigen Tschecho-slowakischen Staat auf. Heute treffen auch weitere Mitglieder des Slowakischen Nationalrats in Budapest ein.“²⁵.

Der Belgrader Waffenstillstand und die slowakische Frage

Der sog. Belgrader Waffenstillstand, Artikel 3 und vor allem 17 („die Alliierten werden in Ungarns innere Verwaltung nicht eingreifen“), sowie auch durch weitere Bestimmungen der Militärischen Konvention, „bedeutete erhebliche Zugeständnisse an die neue ungarische Regierung. (Die offizielle Pariser Ausgabe des Wortlautes des Waffenstillstands befindet sich im Archiv des Außenministeriums in Prag im Fond Friedenskonferenz, Karton 207). Károlyis Regierung trachtete Ungarn nach der Revolution als neutrales Land vorzustellen und den Paragraph 17 des Waffenstillstands, der die ungarische Verwaltung (außer des autonomen Kroatiens) auf dem Gebiet des ehemaligen Ungarns beließ, haben die ungarischen Regierungskreise als die Anerkennung des Prinzips der Integrität des historischen Ungarns gedeutet. Damals waren dies jedoch keineswegs die Ziele der Entente und vor allem nicht jene der Franzosen. Die Ungarn legten große, bzw., alle Hoffnungen in den Beschluß der Friedenskonferenz. Bis dahin entwickelten sich eine mächtige Propaganda im Landesinneren (Flugblätter, eine millionenschwere Unterschriftenaktion u.ä.), aber auch im Ausland bei der Entente und den Neutralen. Sie beeinflussten die Darsteller der Entente in Ungarn und ihr Haupterfolg war, daß sie die Zuneigung des Chefs der alliierten Mission, des Oberstleutnants

²² Vergleiche: Szarka, L.: *The Slovak Separation in 1918: An Indirect Form of Self-determination*. In: *Danubian historical Studies* 1, 1987, Nr. 3, 23-33. Ebenfalls Gogolak, L.: *Beiträge zur Geschichte des Slowakischen Volks*, III, München 1972, S. 149f.: das Kapitel 19 über den Anschluß der Slowakei zur Tschechoslowakei benennt er – Widersprüche in der staatsrechtlichen Auslegung! Auf diese Tatsache stieß bereits der bekannte Artikel von L. Bazovský in *Národné noviny* (Nationalzeitung) an! LAMS A 1505, Šrobár – an Dula 19.10.1920.

²³ Krajčovičová, N.: *op. cit.*, S. 186f.

²⁴ Hoensch, J.K.: *Tschechoslowakismus der Autonomie*. In: *Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa*. München 1993, S. 142, hält er „Šrobárs Entscheidung vom 20.1.1919 den slowakischen Nationalrat aufzulösen als kurzfristig und kontraproduktiv“.

²⁵ PA AA Bonn, R 9152, Budapest 21.11 1918.

F. Vix in Budapest (seit 25. November) und anderer Persönlichkeiten erreichten. So wollten sie an Boden gewinnen, damit schließlich durch die von der ungarischen Verwaltung in den fraglichen Gebieten durchgeführte potenzielle Volksbefragung, die, wie sie hofften, von der Friedenskonferenz bei der Realisation des Prinzips der Selbstbestimmung der Nationen angeordnet wird, von der Integrität des historischen Ungarns so viel als nur möglich erhalten blieb. Aus den Maßnahmen der tschechoslowakischen, rumänischen, und jugoslawischen Darsteller und deren Protesten gegen den sog. Belgrader Waffenstillstand ist zu ersehen, daß die Lage ernst war.

Die erwähnten äußeren Einflüsse und der machtpolitische Kampf in dieser Region Europas erhöhten das Leiden und vertieften die Armut des Volkes in der Slowakei. Alle diese angeführten Umstände spezifizierten die nationaldemokratische Revolution in der Slowakei im Vergleich zu den Tschechen. Während die Revolution kurz und friedlich verlief, und es durch die neue nationale Regierung, als auch mit Hilfe des alten österreichischen Apparats und mit der Geltendmachung undemokratischer österreichischer Gesetze gelungen war, die sozialrevolutionäre Bewegung in angemessenen Grenzen zu erhalten, dauerte die Krise in der Slowakei um Wochen, ja Monate länger an. Die slowakische Frage und die revolutionäre Lage in der Slowakei hängt untrennbar mit der gänzlichen revolutionären Lage in den Ländern des ehemaligen Ungarns zusammen. Noch am 19. Juni 1919 schrieb S. Watson in *New Europe*, es seien politische Fehler der Entente beim Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn (am 3. und am 13. November) gewesen, die diese ernststen Folgen auf den Lauf der Ereignisse hatten²⁶. Der Major und spätere General M. Bodi, der Vertreter des serbischen „wrchowne Komando“ in der alliierten Mission in Budapest, schrieb, daß sich die Ungarn überhaupt nicht als besiegte Nation fühlten, da ihnen sogar Vix zugeneigt war²⁷. Ihre Armee war nicht bewaffnet, nach der Demobilisation blieben ihnen sechs Infanterie – und zwei Kavalleriedivisionen, aber schon am 14. November erklärten sie den bewaffneten Widerstand gegen die tschechoslowakische Armee in der Slowakei, sich an die Bestimmungen des 17. Punktes des Waffenstillstandes stützend²⁸. Nach dem Abschluß des Waffenstillstands und dessen Bruch durch den Einfall in die Slowakei haben sie ihre Armee durch Einberufung von vier Jahrgängen ergänzt. Der Premierminister K. Kramář hat in einem Telegramm am 14. November 1918 dagegen protestiert. Am 17. November antwortete Károlyi aus Budapest, daß „gegen die Bestimmungen des 3. Und 17. Punktes des Waffenstillstands sind die tschechischen Truppen auf des Territorium Ungarns eingedrungen, so den Waffenstillstand brechend“. In der Slowakei sei keinerlei Anarchie, da nach der Vereinbarung des Regierungskommissars Fényes und des Vertreters des Slowakischen Nationalrats in Budapest E. Stodola die öffentliche Ordnung der meisten Lokalitäten von den Slowakischen Nationalräten gesichert wurde²⁹. Bei seiner Sitzung am 16. November hat sich auch der Slowakische Klub in der Prager Nationalversammlung mit dieser Situation befaßt. Gegen die Ansicht von K. Stodola, der sich für Verhandlungen mit den Ungarn einsetzte, trat A. Štefánek auf, der betonte, es gehe nicht nur um eine ethnische, sondern auch um eine geographische Demarkation und Grenze. Der Klub protestierte gegen den Einfall der Ungarn in die

²⁶ PA AA Bonn, R 9152, Budapest 28. 11. 1918; mehr. Krajčovič, M.: *Károlyiho vláda v Maďarsku a osudy Slovenska v strednej Európe 1918-1919 (Károlyis Regierung in Ungarn und das Schicksal der Slowakei in Mitteleuropa 1918-1919)*. In: *Historické otázky*, 36, Bratislava 1995, S. 5-49.

²⁷ Krizman, B.: „Beogradsko primirje“ od 13 novembra 1918. In: *Zbornik za društvene nauke matice srpske*. 47. Novi Sad 1967. S. 121. Krizman, B.: *Raspad Austro-Ugarske i stvaranje jugoslavenske države*. Zagreb 1977. Aus wichtigen neueren ausländischen Bewertungen dieser internationalen Probleme siehe: Gordon, H.: *Die Beneš Denkschriften*, 1990, S. 97f. Ebenfalls die Zeugnisse von Károlyi selbst: Károlyi, M.: *Vjera bez iluzija*, S. 144f.

²⁸ Archiv Slovenije, Ljubljana. Fond Vosnjak Priv AL VII, Fsc. 15, Pregled strane štampe, 5.-6. 7. 1919.

²⁹ Vojno istorijski institut Beograd (VII) Arhiva bivše srpske vojske. Kutija 113, Fsc 6. Delegat iz Pešte major Bodi vom 12.-23. 11. 1918, Bp. 15. 11. Károlyi ist mit den im Waffenstillstand erreichten Ergebnissen zufrieden. K 113/3/Fsc 7/ grupa 5/1-47. Delegat u Pešti major Bodi vom 23.-30. 12. 1918 Delegat iz Pešti 29. Javlja „... sve blagosti i popustljivosti misije prema ugarskoj vladi, kap i nedolasku francuske vojske koš ovde osecamo posledice. Madjari se ne osecaju pobjedjenim!“ Dann fügt Bodi in seiner Nachricht vom 1. 12. aus Budapest Vixs Charakteristik hinzu „Šef misije trebao bi biti energičiji i odlučniji oficir. Uzmireno je bilo njegovo popuštanje u početku. Šef se često žali da mu Srbi, Rumuni a naročito Česi čine teškoće za rad. Dok međjutim sve teškoće čini ugarska vlada!“ Auch weitere näher nicht bewiesene Gedanken und Charakteristiken verwenden wir aus dem zitierten Archiv der Nachrichten des Mitglieds der Mission Bodi. Ormos, M.: *Padovátl Trianonig 1918-1920*, S. 103 f., behauptet, daß als Vix nach Budapest gekommen war, dieser von Hodža zum ersten mal die tschechoslowakische Interpretation des Belgrader Waffenstillstands erfuhr. Schon am 30.11. schlug Vix vor Zonen zu bilden, wo die tschechoslowakische und wo die ungarische Armee sein wird, um Atrozitäten in der Slowakei zu vermeiden.

Slowakei und wies eine Verhandlung mit den Ungarn zurück³⁰. Die ungarische Regierung hatte auch den Vorteil, daß Ungarn nicht okkupiert wurde, bis auf die Woywodina, die die serbische Armee – der bestimmende Faktor der Siege auf der Front bei Thessaloniki – auf eigene Faust, noch vor dem Beginn des Waffenstillstands am 31. Oktober 1918 um 23, 20 Uhr besetzte³¹. Die ungarische bourgeoise Regierung hat auch hier die Beibehaltung der eigenen Verwaltung beantragt und gegen die Einsetzung der serbischen Nationalverwaltung übersendete sie an Vix täglich Proteste über angebliche Brüche des Waffenstillstands. Von der Wichtigkeit der revolutionären Lage im ehemaligen Ungarn zeugt auch die Tatsache, daß als sie von der Regierung des Staates der Serben, Kroaten und Slowenen in Zagreb anfangs November ausgerufene Mobilmachung mit einem völligen Fiasko endete, mußte Belgrad um die Aussendung des serbischen Militärs ersucht werden.

In der sich entwickelnden Krisensituation war es verständlich, daß die regierenden Schichten des alten Regimes an der Erhaltung ihrer ökonomischen Interessen interessiert waren. Auch bei der Ausrufung der Tschechoslowakei in der Slowakei durch die Deklaration von Martin am 30. Oktober 1918 wurde die Sitzung des Slowakischen Nationalrats im Gebäude der Sparkasse von der bewaffneten Macht Ungarns geschützt. Die Legitimität der Nationalräte wurde in der Monarchie durch das Manifest des Kaisers vom 16. September 1918 gegeben. Die Bemühungen um eine Kooperation mit dem Slowakischen Nationalrat unter der Souveränität Ungarns symbolisierte auch Károlyis Begrüßungstelegramm im Namen des Ungarischen Nationalrats an den Slowakischen Nationalrat vom 30. Oktober 1918 (Károlyi wurde erst am 16. November Präsident). Die Antwort des Slowakischen Nationalrats an Károlyi vom 31. Oktober 1918 ist in einem ebenso freundlichen Geist³². Die Linie der Kooperation wird schon von den Beschlüssen von der Sitzung des Slowakischen Nationalrats vom 4., 9. und 13. November 1918 „in Fragen der Aprovisation“ verfolgt, aber auch von der Besprechung, die sich damit befaßte, wie auf Jászis Vorschläge über die Autonomie und auf Károlyis Zuschrift vom 27. November 1918 zu antworten sei³³. Auch Šrobár sandte aus Prag am 2. November 1918 Hinweise, in welchem Sinn der Slowakische Nationalrat mit Károlyis Regierung verhandeln solle: „nur zum Zweck der Abschaffung der ungarischen Macht in der Slowakei“. Ausdrücklich betont er: „Wir sind zwei fremde Staaten. Das behaltet im Sinn. Nicht politisch verhandeln.“³⁴. Diese Tendenz gute Beziehungen mit den Nationalräten der Nichtmagyaren zu schaffen widerspiegelte in Budapest bis zur Annahme des Vertrags über den Waffenstillstand auch die Begrüßung der ungarischen diplomatischen Mission in Zagreb und die Verhandlungen mit ihr. Im Unterschied zu den Slowaken haben die Jugoslawen eindeutig erklärt, daß sie mit der ungarischen Regierung verhandeln, die lediglich ein ungarisches ethnisches Gebiet darstellt³⁵. Die erwähnten Tendenzen der Kooperation mit der Nationalräten der Nichtmagyaren hatten jedoch auch einen anderen taktisch-politischen Aspekt.

Diese passivkooperative Beziehung dauerte bis zum Abschluß des Waffenstillstands am 13. November 1918 in Belgrad, aber dann wechselte sie in eine aktive und in der Slowakei bis zu einem militärischen Eingriff, da sich Ungarn nicht mehr in Süden binden mußte. Die Beziehung von Károlyis Regierung zur Slowakei hatte also zwei Etappen: eine passive bis zum 13. November und nachher eine aggressive. Der ungarischen Politik war es besonders an der Angliederung der Slowakei an Ungarn gelegen. Auch die Darsteller der Entente erklärten, daß Ungarn ohne die Slowakei nicht existieren könne.

Dies widerspiegelte auch die Plattform der ungarischen Delegation in Belgrad. In einem Memorandum und einem Exposé, die Károlyi am 7. November 1918 in der Residenz des

³⁰ AMZV ČR, PA. No 4263, 11, 1918. Situace na Slovensku, chronologický komentár najdôležitejších udalostí od 28.10 a maďarskej invázie (Die Situation in der Slowakei, ein chronologischer Kommentar der wichtigsten Ereignisse seit 28.10. und der ungarischen Invasion.) Vergleiche Národní listy 16.11.1918.

³¹ Károlyi Mihály levelezése I 1905-1920, Budapest 1978 / KL I 279. Vergleiche die Erläuterung in der slowakischen marxistischen Geschichtsschreibung: Hronský, M.: Slovenské národné rady (Die Slowakischen Nationalräte), S. 148f.

³² Čáda, V.: *op. cit.*, S. 272.

³³ VII, Arhiva bivše srpske vojske, K 113/Fsc 7/Grupa 5/4.

³⁴ OL, K 40, VII. tétel, 1. cs., No. 44. Die soziale und nationale Bewegung in der Slowakei von der Oktoberrevolution bis zur Entstehung des tschechoslowakischen Staats. Dokumenty. Ed. L'. Holotík. Bratislava 1979, S. 409f.

³⁵ LAMS, A-1294 Zápisnice SNR 1918 (Protokolle des Slowakischen Nationalrats 1918.), 94, S. 4-16. Šsarka, L.: Jászis Oszkár, 1179, Brief des Slowakischen Nationalrats an Károlyi vom 13.11., Dulas Standpunkt vom 6.11.

Generalissimus in Belgrad vortrug, führte er an, die ungarische Regierung sei gewillt die Entscheidungen der Friedenskonferenz über die Gründung eines tschechischen und eines jugoslawischen Staats, als auch über die Frage der Nationalitäten zu akzeptieren. Es gab zwar einige Meinungsverschiedenheiten die Grenzen dieser Staaten betreffend, aber die Entscheidung darüber belassen wir an der Friedenskonferenz³⁶. General d'Esperey gab in Belgrad Károlyi so in der Frage des Ausmaßes der Bedingungen des Waffenstillstands, als auch bei der Anknüpfung eines direkten Kontakts von Károlyi mit Paris (Clémenceau) u.ä. nach, auch unter dem Einfluß dessen, daß er bekannt war als ein Freund der Entente³⁷. In einer Depesche nach Paris meldete Károlyi, daß die Delegation im Prinzip die Bedingungen akzeptiert, sollte die Entente bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags die gegenwärtigen ungarischen Grenzen gegen jedweden Angriff, ob von Seiten der Tschechoslowaken, Rumänen oder Deutschen garantieren. Bis zur Friedenskonferenz sollte nur die ungarische Regierung mit brüderlicher Teilnahme der Nationalräte das Land verwalten: des ungarischen, rumänischen, slowakischen, serbischen und deutschen. Am 7. November 1918 erhielten die ungarischen Delegierten eine Antwort, sie forderten jedoch noch aus Paris die Äußerung der Tschechen und der Slowaken³⁸. Im Jahre 1922 führte d'Esperey an, es sei ihm klar gewesen, daß die ungarische Delegation eine Konzeption der Integrität Ungarns vorgelegt habe, aber gegen die Konzeption der Selbstbestimmung der Nationen wäre es nicht möglich gewesen diese aufrecht zu erhalten.

Die Nachgiebigkeit des Kommandanten der Östlichen Armee des Entente hing auch mit der Bewegung der bewaffneten deutschen Armee von Mackenzen in Ungarn zusammen, die sich aus Rumänien zurückzog und noch nicht kapituliert hatte, aber auch mit der Sorge, wie mit Hilfe der ungarischen Verwaltung eine ungestörte Versorgung der östlichen Armee der Entente zu sichern und die Kommunikationen zu erhalten sei. Mackenzens Armee diente auch in der weiteren Entwicklung von Károlyis Regierung als taktische Waffe des Druckes auf F. Vix für die ungarische Interpretation des Waffenstillstands (Prag wieder gewann von Deutschland den Umzug der Legion als Austausch für den Transport und die Durchlassung von Mackenzens Armee). Károlyi erklärte später, er wäre voll zufrieden³⁹ mit den Bedingungen des Waffenstillstands, der seinerseits sowieso nicht eingehalten wurde. Aber nach der Änderung der offiziellen Interpretation der militärischen Konvention durch einen Vertrag erklärte Károlyi schon am 24. Dezember 1918 im Parlament, er würde diese Darlegung nie unterzeichnen⁴⁰. Károlyi erwähnte in Belgrad den tschechoslowakischen Staat überhaupt nicht, was sich auch in seiner Note an Präsident Wilson widerspiegelte.

Die Regierung bot den Slowaken eine Autonomie unter dem odiosen Namen Slovak Imperium an. Es ist anzunehmen, dies sei nur ein taktisches Manöver gewesen, wenn wir anführen, daß sie auch für die achtzigtausend Menschen zählende slowenische Minderheit in Prekmurje ein „Vend Imperium“ errichtete. Im Archiv der ungarischen Regierung befinden sich Projekte zur Bildung einer slowakisch-ungarischen Republik, sowie ein Memorandum der alten Mitglieder des Galilei kor für eine sprachlich-administrative Autonomie der Slowaken. Der Minister für Nationalitäten O. Jászi⁴¹ sandte schon am 5. November 1918 dem slowakischen Nationalrat in Martin einen Vorschlag für Verhandlungen über die slowakische Autonomie und für die Teilnahme der Slowakei bei den vorbereiteten ersten allgemeinen Wahlen zur Ernennung der Hauptgespane u.ä. O. Jászi⁴² wirkliches Vorhaben mit der Nationalitätenfrage enthüllt besser sein Interview für die Schweizer Zeitung vom Ende des Jahres 1917 anlässlich seiner Teilnahme – zusammen mit Károlyi – an dem pazifistischen

³⁶ V. Šrobár aus Prag – an den Slowakischen Nationalrat in Martin 2. 11. 1918, LAMS 94 K 10. Vergleiche auch den Gesamtbericht des Slowakischen Nationalrats an den Nationalausschuß in Prag über Jászis Vorschläge an den Slowakischen Nationalrat, sie würden ihm erst nach dem 15.11. antworten, und weitere ungarische Versuche, als auch über die Annahme der Deklaration in der Slowakei, „das Volk unserer Länder nahm unsere Deklaration mit Freude und Jubel an“.

³⁷ Arhiv Hrvatske Zagreb, fond narodno vjeće 1918 (NV) III. B., Kutija 4, Vanjsko-politička delatnost.

³⁸ Krizman, B.: *Beogradsko primirje*, op.cit. S. 67, 123.

³⁹ *Ebenda*, S. 124.

⁴⁰ *Ebenda*, S. 125.

⁴¹ *Ebenda*, S. 127.

⁴² PA AA Bonn, R 57777.

Kongress in der Schweiz. Jászi erklärte, er sei ein Gegner der territorialen Autonomie für die Gleichberechtigung der Nationen Ungarns. Das Prinzip der Demokratie aufgrund der Gleichberechtigung individueller Bürger und die kulturellen Autonomie würden die Nationalitätenfrage angeblich demokratischer lösen. Die Anwendung des Nationalitätengesetzes aus dem Jahr 1868 (sic!) im Sinne von F. Deák und J. Eötvös würden deren Forderungen sichern⁴³.

Nachwort

Abschließend möchte ich betonen, daß die Regierungen in Ungarn zur Zeit des Waffenstillstands⁴⁴ auf der Plattform der Integrität Ungarns standen und konnten daher weder zu einem wirklichen Ausgleich mit den Slowaken, noch zu einer gerechten Anerkennung der Souveränität der Slowakei gelangen. In seinen Briefen aus Budapest nach Prag betonte M. Hodža, daß wenn Károlyi nicht wissen wird, wie er die Integrität retten soll, übergibt er die Macht auch an die Bolschewiki, was auch geschah. In seiner Rede bei dem Rücktritt von Berinkeis Kabinett und der Übergabe der Macht an die Bolschewiki erklärte Károlyi: „Alles was geschah, ist eine natürliche Entwicklung, die infolge der Blindheit und Böswilligkeit der Entente beschleunigt wurde. Ungarn kann heute nur durch die Internationale gerettet werden!“⁴⁵ Auch der Regierung der ungarischen Kommunisten von B. Kún ging es im Grunde um die Integrität, sie benutzten lediglich eine andere Phraseologie, wie Mitteleuropäische Föderation der Räterepubliken u.ä. Die diplomatischen Quellen zeugten vom Anwachsen des Nationalismus in der ungarischen bolschewistischen Armee, vor allem während ihrer Aggression in der Slowakei. Wien, 4. Juni 1919: Die ungarischen Armeen wurden allgemein national und von einer ausgezeichneten Disziplin. Italien unterstützt die Ungarn mit Waffen Corr: 26. März. Die ungarische Revolution ist nationalistisch. Es ist ein Versuch der Zentralmächte die Pläne der Entente zu vereiteln.

Auch in der Frage des sog. Belgrader Waffenstillstands kann abschließend zusammengefaßt werden: die Mystifikationen, die in der gegenwärtigen internationalen Fachliteratur, in der Interpretation der von Károlyi in Belgrad am 13. November 1918 unterzeichneten Militärkonvention herrschen, bezogen sich in Wirklichkeit lediglich auf die Südfront in Ungarn. Ins richtige Licht rückte dies das geheime Rundschreiben der französischen Diplomatie vom 29. November 1918: Die Militärkonvention hatte nur die Realisierung des Waffenstillstands der Entente mit Österreich-Ungarn vom 3. November 1918 sichern sollen, präzierte zuletzt Krizman. Man kann sie also nicht mit der Ebene des offiziellen Waffenstillstands der Entente mit der Monarchie gleichstellen. Daher war die Frage der Ausgliederung der Slowakei aus Ungarn und deren international-politischen Anerkennung als eines Bestandteils der Tschecho-Slowakei im Grunde zur Zeit des Waffenstillstands viel günstiger, als wie sie in der politischen Realität Mitteleuropas vom Jahre 1918 die ungarische politische und bewaffnete Macht zu präsentieren versuchte. Dies bedingte auch die Aktivitäten des Slowakischen Nationalrats. Die ungarische Propaganda beharrte jedoch auf ihrer Interpretation des Waffenstillstands bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Trianon am 8. Juni 1920 und in der Literatur begegnen wir jenen Ansichten bis heute.

MILAN KRAJČOVIČ

⁴³ OL, K 40, 1918-VII. tétel, 2. cs., 28.11., *Emlékirat (Denkschrift)* zusammengestellt von den alten Mitgliedern des Galilei kor. Siehe auch die zitierten Beiträge von L. Tajták und M. Hronský (z. B. in *HČ* 1975, Nr. 1, *Problémy národnoslobodzovacieho hnutia Slovákov v roku 1918* (Die Probleme der nationalen Befreiungsbewegung der Slowaken im Jahre 1918). Szarka, L.: *Jászi*, 1191, M. Dula 24.10. Jászis Ermittlung.

⁴⁴ Vergleiche Szarka, L.: *Jászi* 1178 über Jászis Kontakte mit den Slowaken bereits im August 1918 usw.

⁴⁵ Ministerstvo inostranih de la kraljevine Srblije 1871-1918 (MID). Političko odeljenje. Dosije VIII. 1918, f. IV. Konferenzije. Bern 21. 11. 1917; Szarka, L.: *Jászi* 1180, führt an, daß Jászi die slowakische Frage auf einem kantonalen Grund lösen wollte. Auch in seinen Memoiren (München III. Ausgabe, 1969, S. 81) bewertet er die bekannten Verhandlungen mit Hodža als Bemühung um die Erhaltung Ungarns, die Prag „in letzter Minute“ desavouierte.